



Jan Löber

Die Ablehnung der Vollstreckung des Europäischen Haftbefehls

Ein Vergleich der gesetzlichen Grundlagen und
praktischen Anwendung zwischen Spanien und Deutschland



Nomos

Deutsches und Europäisches Strafprozessrecht
und Polizeirecht

herausgegeben von

Prof. Dr. Mark A. Zöller, Universität Trier

Band 4

Jan Löber

Die Ablehnung der Vollstreckung des Europäischen Haftbefehls

Ein Vergleich der gesetzlichen Grundlagen und
praktischen Anwendung zwischen Spanien und Deutschland



Nomos

Gedruckt mit Unterstützung des Förderungsfonds Wissenschaft der VG WORT

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Trier, Univ., Diss., 2016

ISBN 978-3-8487-3844-1 (Print)

ISBN 978-3-8452-8167-4 (ePDF)

1. Auflage 2017

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2017. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

In Liebe,

*für Louise und ihr kleines Brüderchen,
vor deren kleinen Füßen die ganze Welt liegt.*

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Sommersemester 2016 an der Universität Trier als Dissertation angenommen. Literatur und Rechtsprechung habe ich bis Juni 2016 berücksichtigt. Die Arbeit wurde durch den Förderungsfond Wissenschaft der VG Wort gefördert, wofür ich sehr dankbar bin.

An erster Stelle gilt mein herzlicher Dank Prof. Dr. Mark A. Zöller für die hervorragende Betreuung der Dissertation, insbesondere für die Mühen und Anregungen im Rahmen der Korrektur. Ohne diese Hilfe wäre die Arbeit nicht zu der geworden, die sie heute ist. Herzlich danken möchte ich überdies Prof. Dr. Hecker für die enorm zügige Zweitkorrektur der Arbeit.

Herzlich danken möchte ich zudem denjenigen Personen, die unmittelbar das Entstehen der Arbeit begleitet haben. Dies waren in Form einer Inizialzündung Frau Dr. Anna Oehmichen und im Laufe der Arbeit Herr Dr. Jonathan Leuschner und Frau Dr. Amelie von Zimmermann, die mit der Durchsicht und Korrektur ganz erheblich zum Gelingen dieser Arbeit beigetragen haben.

Für etliche Korrekturen, Gedankenanstöße, Gespräche und eingeworfene Zeitungsartikel möchte ich meinem Vater, Herrn Dr. Buckhardt Löber, von ganzem Herzen danken. Seine Ideen waren für die Arbeit von unermessbarem Wert. Ein noch viel größerer Dank gilt ihm und meiner Mutter für die Liebe und das Vertrauen, das sie mir immer gegeben haben. Die von ihnen mitgegebene Freude am Leben und an der Liebe ist für mich die Triebfeder meines Handelns überhaupt.

Ganz besonders gelitten und ganz besonders danken möchte ich meiner Frau Helen Boutmans und meiner Tochter Louise. Ich freue mich, dass ich die Stunden in der Bibliothek nun in Stunden mit euch tauschen konnte. Ohne eure Liebe und euer Lachen wäre mein Leben grau.

Ich möchte diese Arbeit meiner Familie und in ganz besonderem Maße meinen Kindern widmen. Der größte Wert dieser unzähligen Stunden würde für mich darin bestehen ihnen zu zeigen, dass alles möglich ist, wenn man es nur will und an sich glaubt.

Berlin im Mai 2017

Jan Löber

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	27
Einleitung	33
1. Teil Die Entwicklung der europäischen Strafrechtsintegration unter besonderer Berücksichtigung des Prinzips der gegenseitigen Anerkennung	38
A. Das Prinzip der gegenseitigen Anerkennung in Strafsachen – eine Annäherung	38
I. Die gegenseitige Anerkennung in Strafsachen in der jüngsten Vergangenheit	39
II. Definition des Prinzips der gegenseitigen Anerkennung	42
III. Stellungnahme	43
B. Ursprünge des Prinzips der gegenseitigen Anerkennung in Strafsachen	44
I. Strafrechtsintegration im Norddeutschen Bund	45
II. Die Oxforder Beschlüsse und ihre Auswirkungen	45
C. Strafrechtsintegration und gegenseitige Anerkennung seit der Gründung der Vereinten Nationen 1945 bis zum Vertrag von Maastricht 1992	46
I. Organisationen zur militärischen Verteidigung	47
1. Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG)	47
2. North Atlantic Treaty Organization (NATO)	47
II. Politische Vereinigungen der europäischen Nationalstaaten	48
1. Vereinte Nationen (UN)	48
2. Organization for Economic Co-operation and Development (OECC/ OECD)	49
3. Europarat	49
a) Europäische Menschenrechtskonvention	49
b) Europäisches Auslieferungsübereinkommen	50
c) Weitere strafrechtliche Aufgabenfelder der Europarats	51

4. Die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs zur Warenverkehrsfreiheit	51
5. Internationale Kriminalpolizeiliche Organisation (Interpol)	53
6. Trevi-Gruppe	53
7. Schengener Abkommen	54
a) Gegenseitige Anerkennung in Art. 54 SDÜ	54
b) Das Auslieferungssystem in Art. 59-66 SDÜ	56
III. Zusammenfassung	57
D. Europäische Strafrechtsintegration und gegenseitige Anerkennung in Strafsachen seit dem Vertrag von Maastricht 1992 bis zum Gipfel von Tampere 1999	57
I. Strafrechtliche Entwicklungen seit dem Vertrag von Maastricht	57
1. Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres (Vertrag von Maastricht)	58
2. European Drug Unit und Europol	58
3. Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (Vertrag von Amsterdam)	60
4. Europäisches Justizielles Netz	60
5. Auslieferungsübereinkommen auf Ebene der EU	61
a) EU-Übereinkommen über das vereinfachte Auslieferungsverfahren	61
b) EU-Auslieferungsübereinkommen	62
II. Die gegenseitige Anerkennung im Corpus Juris	62
III. Gegenseitige Anerkennung ab dem Vertrag von Amsterdam	63
IV. Zusammenfassung	64
E. Der Tampere-Prozess, die Entwicklung des EuHB und die Strafrechtsintegration bis zum Vertrag von Lissabon 2007	65
I. Der Tampere-Prozess	66
1. Der Gipfel von Tampere und die Schlussfolgerungen von Tampere	66
2. Maßnahmenprogramm zur Umsetzung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung gerichtlicher Entscheidungen in Strafsachen	67

II. Die Entstehung des RbEuHB und die Beschleunigung der europäischen Strafrechtsintegration nach den Anschlägen vom 11.09.2001 in den USA	68
1. Die Entstehung des RbEuHB	68
2. Die Beschleunigung der Integrationsdynamik im Übrigen	70
III. Die Bilanz des Programms von Tampere, das Haager Programm und die Entwicklung der Strafrechtsintegration bis zum Vertrag von Lissabon 2007	73
1. Die Bilanz des Tampere-Programms und die Verabschiedung des Haager-Programms	73
2. Die Entwicklung der Strafrechtsintegration bis zum Vertrag von Lissabon	74
IV. Strafrechtsintegration durch den Vertrag von Lissabon	75
V. Zusammenfassung	76
2. Teil Funktionsweisen der traditionellen Auslieferungssysteme in Deutschland und Spanien	78
A. Das traditionelle zweistufige Auslieferungsverfahren in Deutschland	78
I. Natur und Zweck des Auslieferungsrechts	78
II. Rechtsquellen des traditionellen Auslieferungsrechts	79
III. Das Auslieferungsverfahren	79
1. Das Zulässigkeitsverfahren	80
a) Zuständigkeit	80
b) Positivvoraussetzungen	80
aa) Strafbarkeit im ersuchenden Staat	81
bb) Das Prinzip der Gegenseitigkeit	81
cc) Das Prinzip der beiderseitigen Strafbarkeit	82
dd) Mindeststrafbarkeit nach deutschem Recht	83
c) Auslieferungshindernisse	83
aa) Keine Auslieferung deutscher Staatsangehöriger an das Ausland	83
bb) Ne bis in idem	84
cc) Keine Auslieferung bei politischen und militärischen Straftaten	85
dd) Der Grundsatz der Spezialität	86
2. Das Bewilligungsverfahren	87

B. Das traditionelle Auslieferungsverfahren in Spanien	89
I. Aktive Auslieferung	89
1. Zuständigkeit	89
2. Voraussetzungen des Auslieferungsersuchens	89
II. Passive Auslieferung	90
1. Zuständigkeit und Verfahren	90
2. Auslieferungsvoraussetzungen	91
C. Gemeinsamkeiten und Unterschiede der traditionellen Auslieferungssysteme in Deutschland und in Spanien	92
3. Teil Der Rahmenbeschluss über den Europäischen Haftbefehl und die Übergabeverfahren zwischen den Mitgliedstaaten	93
A. Der Rahmenbeschluss als Handlungsform der Europäischen Union	93
I. Die Regelung des Rahmenbeschlusses im EUV	94
1. Inhaltlicher Anwendungsbereich und Verfahren	94
2. Sanktionierung mangelhafter Umsetzungen	95
II. Die Rechtswirkungen des Rahmenbeschlusses	95
1. Keine unmittelbare Direktwirkung	96
2. Rahmenbeschlusskonforme Auslegung nationalen Rechts	96
a) Intergouvernementale Interpretation des Bundesverfassungsgerichts	97
b) Supranationale Interpretation des EuGH	98
c) Stellungnahme	99
III. Rechtsschutz gegen Rahmenbeschlüsse	100
1. Unmittelbarer Rechtsschutz auf europäischer Ebene	101
a) Rechtsschutz durch Nichtigkeitsklage gegen den Rahmenbeschluss vor dem EuGH	101
b) Rechtsschutz durch Individualbeschwerde gegen den Rahmenbeschluss vor dem EGMR	101
2. Mittelbarer Rechtsschutz auf europäischer Ebene	102
a) Rechtsschutz gegen den Umsetzungsakt durch Vorabentscheidungsverfahren vor dem EuGH	102
b) Rechtsschutz gegen den Umsetzungsakt durch Individualbeschwerde vor dem EGMR	104

3. Rechtsschutz durch die Gerichte der Mitgliedstaaten	104
a) Die Solange II-Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	105
b) Ausnahmen von der Solange II-Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	105
IV. Die Kompetenz der Europäischen Union zum Erlass des Rahmenbeschlusses über den europäischen Haftbefehl	109
1. Art. 31 Abs. 1 lit. a), lit. b) EUV a.F	109
2. Art. 34 Abs. 2 EUV a.F. und das Urteil des EuGH vom 03.05.2007	110
V. Zusammenfassung	111
B. Der Inhalt des Rahmenbeschlusses über den Europäischen Haftbefehl	112
I. Überblick über den Regelungsgehalt des Europäischen Haftbefehls	112
II. Der Rahmenbeschluss über den Europäischen Haftbefehl im Einzelnen	113
1. Definition und Anwendungsbereich des EuHB	113
2. Ausstellung eines EuHB	114
a) Zuständigkeit	115
b) Formelle Voraussetzungen der Ausstellung	115
c) Materielle Voraussetzungen	116
d) Das Übermittlungsverfahren des EuHB	116
aa) Aufenthaltsort bekannt	116
bb) Aufenthaltsort unbekannt	117
(1) Die Ausschreibung über das Schengener Informationssystem	117
(2) Die Ausschreibung über INTERPOL	118
e) Zusammenfassung	118
2. Vollstreckung eines EuHB	119
a) Formelle Voraussetzungen	119
b) Materielle Voraussetzungen	119
aa) Eröffnung des Anwendungsbereich des EuHB-Verfahrens	119
bb) Voraussetzungen des Art. 2 Abs. 2 RbEuHB – die höhere Intensitätsstufe der gegenseitigen Anerkennung	120

cc) Voraussetzungen des Art. 2 Abs. 2 i.V.m. RbEuHB – die niedrigere Intensitätsstufe der gegenseitigen Anerkennung	122
c) Das Entscheidungs- und Übergabeverfahren	122
aa) Zustimmung zur Übergabe oder Ablehnung	123
bb) Vorübergehende Überstellung	123
cc) Fristen der Übergabe	124
dd) Wirkung der Übergabe	124
(1) Anrechnung der im Vollstreckungsstaat verbüßten Haft	124
(2) Aussetzung der Übergabe oder bedingte Übergabe	124
ee) Mehrfachersuchen, Durchlieferung und weitere Übergabe	124
d) Die Garantievorschriften	125
aa) Abwesenheitsurteile, Art. 5 Nr. 1 RbEuHB a.F.	126
bb) Lebenslange Freiheitsstrafe, Art. 5 Nr. 2 RbEuHB	127
cc) Rücküberstellung eigener Staatsangehöriger, Art. 5 Nr. 3 RbEuHB	127
e) Zusammenfassung	128
3. Verhältnis des Rahmenbeschlusses zu anderen Übereinkommen	128
C. Die Ablehnungsgründe der Vollstreckung	129
I. Obligatorische Ablehnungsgründe	130
1. Amnestie, Art. 3 Nr. 1 RbEuHB	130
2. Ne bis in idem wegen rechtskräftiger Verurteilung, Art. 3 Nr. 2 RbEuHB	131
a) Funktionsweise des ne bis in idem gemäß Art. 3 Nr. 2 RbEuHB	131
aa) Der Handlungsbegriff des ne bis in idem	132
bb) Rechtskräftige Verurteilung	134
cc) Das Vollstreckungselement	136
(1) Problemstellung	136
(2) Der Streitstand	137
(a) Art. 54 SDÜ als Grundrechtsschranke	138
(b) Vorrang von Art. 50 GrCh als Unionsprimärrecht	139

(3) Die Entscheidung des EuGH in der Rechtssache Fransson	140
(4) Die Entscheidung des EuGH in der Rechtssache Spasic	140
b) ne bis in idem im RbEuHB und im Kommissionsentwurf	142
3. Strafunmündigkeit, Art. 3 Nr. 3 RbEuHB	142
4. Zusammenfassung	143
II. Fakultative Ablehnungsgründe	143
1. Abwesenheitsurteile, Art. 4a RbEuHB	143
2. Fehlen der beiderseitigen Strafbarkeit, Art. 4 Nr. 1 RbEuHB	145
a) Systematik	146
b) Rezeption und Umsetzung	147
3. Rechtshängigkeit, Art. 4 Nr. 2 RbEuHB	147
4. Ne bis in idem wegen behördlicher Einstellung, Art. 4 Nr. 3 RbEuHB	148
a) Systematik	148
b) Rezeption und Umsetzung	149
5. Verjährung, Art. 4 Nr. 4 RbEuHB	149
6. Ne bis in idem wegen Verurteilung in Drittstaat, Art. 4 Nr. 5 RbEuHB	151
7. Innerstaatliche Vollstreckung, Artikel 4 Nr. 6 RbEuHB	151
a) Systematik	152
b) Bedeutung der Einschränkung des Verbots der Auslieferung eigener Staatsangehöriger	152
8. Territorialitätsklauseln, Art. 4 Nr. 7 RbEuHB	153
a) Systematik	153
b) Bedeutung und Umfang der Territorialitätsklauseln	154
9. Ablehnung der Vollstreckung außerhalb der Art. 4 und 5 RbEuHB	155
a) Europäischer ordre public	155
b) Keine Auslieferung bei erfüllten Asylvoraussetzungen	156
c) Keine Auslieferung bei drohender Todesstrafe, Folter oder unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung	157
10. Zusammenfassung	158

4. Teil Umsetzung und Rechtspraxis des Rahmenbeschlusses zum Europäischen Haftbefehl in Deutschland	159
A. Die Umsetzung des RbEuHB in Deutschland	160
I. Das EuHBG 2004	160
1. Charakteristika der Umsetzung	160
2. Das EuHB-Verfahren nach dem IRG a.F.	162
a) Verpflichtung zur Vollstreckung, Definition und Inhalt	162
b) Auslieferungsvoraussetzungen	163
c) Zuständigkeit	164
d) Beschuldigtenrechte	165
e) Spezialitätsgrundsatz	165
f) Garantieforderungen	166
aa) Garantie bei Abwesenheitsurteilen	166
bb) Garantie bei lebenslanger Freiheitsstrafe	167
cc) Garantie bei Auslieferung eigener Staatsangehöriger	167
g) Fristen	168
h) Übergabeverfahren	168
3. Zusammenfassung	168
II. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum EuHBG 2004	169
1. (Europarechtlicher) Hintergrund des Urteils	170
2. Inhalt des Urteils	171
a) Senatsentscheidung	171
b) Sondervoten	173
3. Reaktionen	174
4. Stellungnahme	176
5. Ergebnis	177
III. Das EuHBG 2006	179
1. Charakteristika	180
2. Änderungen gegenüber EuHBG 2004	180
a) Verhältnis des Achten Teils zu den sonstigen Regelungen des IRG, §§ 1 Abs. 4; 78 Abs. 2 IRG n.F.	180
b) Pflichtverteidigerbestellung, § 40 Abs. 2 Nr. 1 IRG n.F.	181

c) Auslieferungsverfahren und Rechtsweggarantie	181
aa) Vorabentscheidung der Bewilligungsbehörde über Bewilligungshindernisse	182
bb) Justizielle Überprüfung der Vorabentscheidung durch das Oberlandesgericht	182
cc) Justizielles Zulässigkeitsverfahren durch das OLG	183
dd) Abschließende Bewilligungsentscheidung	183
d) Auslieferungsunterlagen	184
e) Voraussetzungen der Auslieferung	184
3. Zusammenfassung	184
B. Ablehnungsgründe der Vollstreckung nach deutschem Recht	185
I. Die gesetzliche Umsetzung der Ablehnungsgründe im IRG	185
1. Charakteristika und Standort der Ablehnungsgründe im IRG	185
a) Charakteristika der Ablehnungsgründe	185
b) Standort der Ablehnungsgründe im IRG	187
aa) Obligatorische Ablehnungsgründe des RbEuHB	187
bb) Fakultative Ablehnungsgründe des RbEuHB	187
2. Die obligatorischen Ablehnungsgründe des IRG nach dem EuHBG 2006	187
a) Amnestie, § 9 Nr. 2 IRG	188
b) Ne bis in idem, §§ 83 Abs. 1 Nr. 1, 9 Nr. 1 IRG	189
aa) Der Handlungsbegriff	190
bb) Die rechtskräftige Aburteilung	190
cc) Das Vollstreckungselement	191
c) Schuldunfähigkeit, § 83 Abs. 1 Nr. 2 IRG	191
d) Abwesenheitsurteile, § 83 Abs. 1 Nr. 3, Abs. 2-4 IRG n.F.	192
aa) Voraussetzungen der Ablehnung	192
bb) Ausnahmen von dem Grundsatz der Ablehnung	193
(1) § 83 Abs. 2 Nr. 1 IRG	193
(2) § 83 Abs. 2 Nr. 2 IRG	194
(3) § 83 Abs. 2 Nr. 3 IRG	195
(4) § 83 Abs. 3 IRG	195
(5) § 83 Abs. 4 IRG	195
e) Das Fehlen der beiderseitigen Strafbarkeit, § 3 i.V.m. § 81 Nr. 4 IRG i.V.m. Art. 2 Abs. 2 RbEuHB	196

f) Staatsanwaltliche Einstellung oder Nichteröffnung des Verfahrens in Deutschland, §§ 9 Nr. 1, 83b Abs. 1 lit. b) 2 IRG	198
g) Verjährung in Deutschland, § 9 Nr. 2 IRG	198
h) Auslieferung eigener Staats- und Gebietsangehöriger, §§ 80, 83b Abs. 2 IRG	198
aa) Auslieferung eigener Staatsangehöriger, § 80 IRG	199
(1) Auslieferung zum Zwecke der Strafverfolgung	199
(a) Inlandstaaten	200
(b) Auslandstaaten	200
(c) Sog. Mischfälle	202
(aa) Negativkriterium: Kein überwiegender Inlandsbezug, kein überwiegender Bezug zum Ausstellungsmitgliedstaat	203
(bb) Beiderseitige Strafbarkeit	203
(cc) Abwägung	204
(2) Auslieferung zum Zwecke der Strafvollstreckung, § 80 Abs. 3 IRG	205
bb) Ausländer mit gewöhnlichem Aufenthalt in der Bundesrepublik, § 80b Abs. 2 IRG	206
(1) Systematik	206
(2) Voraussetzungen	206
(aa) Persönlicher Anwendungsbereich	206
(bb) Auslieferung zum Zwecke der Strafverfolgung	207
(cc) Auslieferung zum Zwecke der Strafvollstreckung	207
i) Lebenslange Freiheitsstrafe, § 83 Abs. 1 Nr. 4 IRG	208
aa) Deutsche Umsetzungssystematik	208
bb) Voraussetzungen der Ablehnung	209
j) Europäischer ordre public, § 73 S. 2 IRG	210
aa) Allgemeines	210
bb) Verhältnis zu anderen Vorschriften	211
cc) Prüfungsmaßstab	211
k) Zusammenfassung	212

3. Die Fakultativen Ablehnungsgründe des IRG nach dem EuHBG 2006	212
a) Die Rechtshängigkeit in Deutschland, § 83b Abs. 1 Nr. 1 IRG	213
b) Art. 4 Nr. 5 RbEuHB = nicht umgesetzt	214
c) Vorrang des Ersuchens eines dritten Staates, § 83b Abs. 1 Nr. 3 IRG	214
d) Fehlen der Gegenseitigkeit, § 83b Abs. 1 Nr. 4 IRG	214
e) Zusammenfassung	215
II. Die Rechtsprechung zu den Ablehnungsgründen und Statistik	215
1. Rechtsprechung	215
a) § 73 S. 2 IRG	215
b) „Notbremsenpraxis“ der Oberlandesgerichte: Prüfung der Deliktskatalogqualität, § 3 i.V.m. § 81 Nr. 4 IRG i.V.m. Art. 2 Abs. 2 RbEuHB	217
2. Statistik	217
III. Zusammenfassung	218
5. Teil Umsetzung und Rechtspraxis des Rahmenbeschlusses zum Europäischen Haftbefehl in Spanien	220
A. Überblick über die Umsetzung des RbEuHB in Spanien	220
I. Umsetzungstechnik	220
II. Begründung des Umsetzungsgesetzes	221
III. Aufbau des LOEDE	222
B. Inhalt des LOEDE	222
I. Ausstellung eines EuHB	222
1. Anwendungsbereich des EuHB	223
2. Formelle Voraussetzungen	224
3. Zuständigkeit	224
4. Übermittlungsverfahren des EuHB	226
5. Vorübergehende Überstellung des Verfolgten	227
II. Vollstreckung eines Europäischen Haftbefehls in Spanien	227
1. Zuständigkeit	228
a) Juzgados Centrales de la Instrucción	228
b) Sala de lo Penal de la Audiencia Nacional	228
c) Ministerio de la Justicia als Zentralbehörde	229

2. Das Übergabeverfahren	229
a) Eingangsverfahren und Übersetzungserfordernis	230
b) Festnahmeverfahren und richterliche Vorführung	231
c) Anhörung und Rechte des Verfolgten	231
d) Die Entscheidung über die Übergabe an den Vollstreckungsmitgliedstaat	232
aa) Verfahren nach Zustimmung zur Übergabe	233
bb) Verfahren ohne Zustimmung zur Übergabe	234
e) Garantievorschriften/ bedingte Übergabe	234
aa) Bedingte Übergabe bei Abwesenheitsverurteilungen	234
(1) Die Rechtsprechung des Tribunal Constitucional zu den indirekten Grundrechtsverletzungen	235
(2) Aufgabe der spanischen Auslieferungsrechtsprechung nach Melloni	236
bb) Bedingte Übergabe bei lebenslänglicher Verurteilung	237
cc) Bedingte Übergabe bei eigenen Staats- oder Gebietsangehörigen	238
f) Vernehmung des Verfolgten durch die Ausstellungsbehörde	238
g) Rechtsmittel gegen den EuHB	238
III. Zwischenergebnis	239
E. Ablehnungsgründe der Vollstreckung nach spanischem Recht	239
I. Die gesetzliche Umsetzung der Ablehnungsgründe im LOEDE	241
1. Die obligatorischen Ablehnungsgründen des LOEDE	241
a) Ne bis in idem, Art. 12 Abs. 1 lit. a) LOEDE	242
aa) Der Handlungsbegriff	242
bb) Die rechtskräftige Verurteilung	242
cc) Das Vollstreckungselement	243
b) Schuldunfähigkeit aufgrund Minderjährigkeit, Art. 12 Abs. 1 lit. b) LOEDE	244
aa) Die Altersgrenze	244
bb) Die Bestimmung des maßgeblichen Zeitpunktes	245
c) Begnadigung nach spanischem Recht, Art. 12 Abs. 1 lit. c) LOEDE	245

2. Die fakultativen Ablehnungsgründe des LOEDE	246
a) Fehlen der beiderseitigen Strafbarkeit, Art. 12 Abs. 2 lit. a) LOEDE	246
b) Art. 12 Abs. 1 lit. b) LOEDE, Rechtshängigkeit in Spanien	247
c) Einstellung des Strafverfahrens in Spanien (nationales ne bis in idem), Art. 12 Abs. 2 lit c) LOEDE	247
aa) Abweichung vom RbEuHB	248
bb) Die richterliche Verfahrenseinstellung nach spanischem Recht	248
d) Art. 12 Abs. 2 lit. d) LOEDE, Rechtskräftige Einstellung durch einen Mitgliedstaat der Europäischen Union	249
e) Art. 12 Abs. 2 lit. e) LOEDE, Rechtskräftige Verurteilung durch einen Nicht-Mitgliedstaat der Europäischen Union	250
f) Art. 12 Abs. 2 lit. f) LOEDE, Ablehnung der Vollstreckung bei spanischen Staats- und Gebietsangehörigen	250
aa) Fakultativer oder qualifiziert obligatorischer Ablehnungsgrund	251
bb) Die Anhörung der gesuchten Person	251
cc) Die Ausgrenzung von Gebietsansässigen	252
g) Art. 12 Abs. 2 lit. g) und h) LOEDE, Deliktsbegehung außerhalb des Territoriums des Ausstellungsmitgliedstaates	252
aa) Die (teilweise) Deliktsbegehung im spanischen Hoheitsgebiet	252
bb) Die Deliktsbegehung außerhalb des Hoheitsgebietes des Ausstellungsmitgliedstaates	253
h) Art. 12 Abs. 2 lit. i) LOEDE, Verjährung des Delikts oder der Strafe	253
II. Die Rechtsprechung zu den Ablehnungsgründen und Statistik	254
1. Rechtsprechungsdatenbank der spanischen Obergerichte	254
2. Statistik der Übergeben und Ablehnungen in Spanien	255

III. Zusammenfassung	255
6. Teil Bewertung der Umsetzungen des Rahmenbeschlusses in Spanien und Deutschland	257
A. Definierung eines Bewertungsmaßstabes für die Umsetzungen	257
I. Erstes Raster: Rahmenbeschlusskonformität und Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit	258
1. Rahmenbeschlusskonformität	258
2. Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit	258
II. Zweites Raster: Grundrechtskonformität der Umsetzungen	260
1. Berücksichtigung der Grundrechte im Auslieferungsverfahren-Verfahren	260
a) Meinungsspektrum zum traditionellen Auslieferungsverfahren	261
aa) Zweidimensionales Modell	261
bb) Dreidimensionales Modell	261
cc) „Restriktive Einheits- und Mischformel“ des Bundesverfassungsgerichts	262
dd) Zwischenergebnis	263
b) Grundrechtsschutz seit Inkrafttreten des EuHB	263
aa) Rechtssache Radu	264
bb) Rechtssache Melloni	265
cc) Rechtssache Fransson	267
c) Zwischenergebnis	269
2. Inhaltliche Ausformung des anzuwendenden europäischen Grundrechtsstandards	270
a) GrCh als Maßstab, Art. 6 Abs. 1 EUV	271
b) EMRK als Maßstab, Art. 6 Abs. 2 EUV	271
aa) Meinungsstand	271
bb) Stellungnahme	273
c) Grundrechte als allgemeine Grundsätze des Unionsrecht, Art. 6 Abs. 3 EU	274
III. Zusammenfassung	274
B. Rahmenbeschlusskonformität der Umsetzungen und der Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit	275
I. Überblick über die Umsetzungen	275
1. Spanien	275
2. Deutschland	276

II. Die deutsche Umsetzung und Rechtspraxis der Ablehnungsgründe vor dem Maßstab der Rahmenbeschlusskonformität und der loyalen Zusammenarbeit	277
1. Gesetzliche Umsetzung	277
a) Europäischer ordre public, § 73 S. 2 IRG	277
b) Prüfung der Ablehnungsgründe im administrativen Bewilligungsverfahren, § 83b Abs. 1 IRG	279
c) Abwesenheitsurteile, § 83 Abs. 1 Nr. 3, Abs. 2-4 IRG	280
d) Verjährung als obligatorischer Ablehnungsgrund, § 9 Nr. 2 IRG	281
e) Vollstreckung der Freiheitsstrafe in Deutschland, § 80 Abs. 1 IRG	282
f) Auslieferung eigener Staatsangehöriger § 80 Abs. 1 Nr. 2, Abs. 2 Nr. 2 IRG	282
g) Beiderseitige Strafbarkeit bei sog. Mischfällen, § 80 Abs. 2 Nr. 3 IRG	283
h) Lebenslängliche Verurteilungen, § 83 Abs. 1 Nr. 4 IRG	284
i) Fehlen der Gegenseitigkeit, § 83b Abs. 1 Nr. 4 IRG	284
2. Rechtsprechung und Statistik zu den Ablehnungsgründen in Deutschland	285
a) Nationaler Verhältnismäßigkeitsmaßstab, § 73 S. 2 IRG	285
b) „Notbremsenpraxis“ der Oberlandesgerichte: Prüfung der Deliktskatalogqualität, § 3 i.V.m. § 81 Nr. 4 IRG i.V.m. Art. 2 Abs. 2 RbEuHB	286
3. Zusammenfassung	286
III. Die spanische Umsetzung und Rechtspraxis der Ablehnungsgründe vor dem Maßstab der Rahmenbeschlusskonformität und der loyalen Zusammenarbeit	287
1. Gesetzliche Umsetzung	287
a) Umsetzung von Art. 3 Nr. 2 RbEuHB in Art. 12 Abs. 2 lit. a) LOEDE	287
b) Umsetzung von Art. 4 Nr. 3 RbEuHB in Art. 12 Abs. 2 lit. d) LOEDE	288
c) Keine Umsetzung von Art. 5 Abs. 1 RbEuHB a.F.	288

d) Unvollständige Umsetzung von Art. 5 Nr. 3 RbEuHB	288
2. Zusammenfassung	289
C. Grundrechtskonformität der Umsetzungsdifferenzen vor dem Maßstab der EMRK und der GrCh	289
I. Deutsche Umsetzungsdifferenzen	289
1. Europäischer ordre public, § 73 S. 2 IRG	290
2. Ablehnungsgründe als Prüfungsprogramm im Bewilligungsverfahren, § 83b Abs. 1 IRG	292
a) Verletzung der Garantie auf effektiven Rechtsschutz	292
aa) Problemstellung	292
bb) Anforderungen der Garantie auf effektiven Rechtsschutz gem. Art. 47 GrCh	294
cc) Stellungnahme	294
dd) Zwischenergebnis	296
b) Richtervorbehalt, aber kein Rechtsweg?	296
c) Zwischenergebnis	298
3. Beiderseitige Strafbarkeit bei sog. Mischfällen, § 80 Abs. 2 Nr. 3 IRG	298
a) Das Prinzip der beiderseitigen Strafbarkeit als Gebot des Gesetzlichkeitsgrundsatzes, Art. 49 Abs. 1 GrCh und Art. 7 Abs. 1 EMRK?	299
aa) Problemstellung	299
bb) Stellungnahme	300
b) Das Prinzip der beiderseitigen Strafbarkeit als Gebot des Vertrauensschutzes in entsprechender Anwendung der Art. 49 Abs. 1 GrCh und Art. 7 Abs. 1 EMRK?	302
c) Das Prinzip der beiderseitigen Strafbarkeit als Gebot des Demokratieprinzips?	303
d) Das Prinzip der beiderseitigen Strafbarkeit als grundrechtliches Gebot des Verfolgten?	303
aa) Problemstellung	304
bb) Stellungnahme	304
(1) Sinn und Zweck des Prinzips der beiderseitigen Strafbarkeit	305
(2) Sinn und Zweck des Grundrechtsschutzes	306

(3) Verhältnis zwischen Grundrechtsschutz und dem Prinzip der beiderseitigen Strafbarkeit: Sich schneidende Kreise	306
(4) Zwischenergebnis	307
e) Zusammenfassung	307
4. Fehlen der Gegenseitigkeit, § 83b Abs. 1 Nr. 4 IRG	308
5. „Notbremsenpraxis“ der Oberlandesgerichte: Prüfung der Deliktskatalogqualität, § 81 Nr. 4 IRG i.V.m. Art. 2 Abs. 2 RbEuHB	308
7. Zusammenfassung	309
II. Spanische Umsetzungsdifferenzen	309
1. Gesetzliche Umsetzung	309
a) Umsetzung von Art. 3 Nr. 2 RbEuHB in Art. 12 Abs. 2 lit. c) LOEDE	309
b) Umsetzung von Art. 4 Nr. 3 RbEuHB in Art. 12 Abs. 2 lit. d) LOEDE	310
c) Modifizierte Umsetzung von Art. 5 Nr. 2 RbEuHB	310
D. Ergebnisse der Untersuchung	311
I. Ergebnisse in Deutschland	312
1. Rahmenbeschlusswidrige und grundrechtswidrige Umsetzungen	312
2. Rahmenbeschlusswidrige, jedoch grundrechtlich gebotene Umsetzungen	312
3. Rahmenbeschlusswidrige und grundrechtlich nicht gebotene Umsetzungen	313
II. Ergebnisse in Spanien	313
E. Vorschläge zu Normänderungen	314
I. Vorschläge an den deutschen Gesetzgeber	314
1. Abschaffung des Bewilligungsverfahrens im Achten Teil des IRG	314
a) Änderungen des IRG	315
b) Begründung der Gesetzesänderungen	316
2. Abschaffung der Regelung zur beiderseitigen Strafbarkeit bei sog. Mischfällen gemäß § 80 Abs. 2 Nr. 3 IRG	317
a) Änderungen des IRG	317
b) Begründung der Gesetzesänderungen	317

Inhaltsverzeichnis

3. Abschaffung des Prinzips der Gegenseitigkeit, § 83b Abs. 1 lit. d) IRG	317
II. Vorschläge an den spanischen Gesetzgeber	318
1. Gesetzesänderungen	318
2. Begründung der Gesetzesänderungen	319
III. Vorschläge an den Europäischen Normgeber (Rat der Europäischen Union)	320
1. Gesetzesänderung	320
2. Begründung der Gesetzesänderung	321
F. Zusammenführende Überlegungen	321
I. Des Kaisers neue Kleider?	321
II. Europäischer Pluralismus	322
III. Austausch von Unfreiheiten	323
IV. Schutz eines universellen Wertekanons	324
Literaturverzeichnis	325

Abkürzungsverzeichnis

A.A.	Andere Ansicht
ABIEG	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften
ABIEU	Amtsblatt der Europäischen Union
Abs.	Absatz
Abw.	Abweichend
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
A.F.	Alte Fassung
Alt.	Alternative
Anm.	Anmerkung
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
Ausf.	Ausführlich
Az.	Aktenzeichen
Beschl.	Beschluss
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt	Entscheidungssammlung des BGH in Strafsachen
BT-Drucksache	Bundestagsdrucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Bundesverfassungsgerichtsentscheidung
Bzg.	Bezüglich
Bzw.	Beziehungsweise
Ca.	Circa
CE	<i>Constitución Española</i> , spanische Verfassung
CEPS	Center for European Policy Studies
<i>Corpus Juris</i>	Corpus Juris der strafrechtlichen Regelungen zum Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Union

Abkürzungsverzeichnis

Ders.	Derselbe
D.h.	das heißt
DÖV	Die öffentliche Verwaltung (Zeitschrift)
EDU	European Drugs Unit
EG	Europäische Gemeinschaften
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EJN	Europäisches Justizielles Netz
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
ERA	Europäische Rechtsakademie
Etc.	Et cetera
EU	Europäische Union
EuAIÜbk	Europäische Auslieferungsübereinkommen
EUAÜ	EU-Auslieferungsübereinkommen
EuCrim	The European Criminal Law Associations' Forum
EuGH	Europäischer Gerichtshof (amtlich: Gerichtshof)
EuGRZ	Europäische Grundrechtezeitschrift (Zeitschrift)
EuHB	Europäischer Haftbefehl
EuHBG 2004	Gesetz zur Umsetzung des Rahmenbeschlusses über den Europäischen Haftbefehl und die Übergabeverfahren zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union, BGBl I, Nr. 38, vom 21. Juli 2004
EuHBG 2006	Gesetz zur Umsetzung des Rahmenbeschlusses über den Europäischen Haftbefehl und die Übergabeverfahren zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union, BGBl 2006 I Nr. 36, vom 25.07.2006
EUR	Europarecht (Zeitschrift)
Eurojust	Einheit für justizielle Zusammenarbeit der Europäischen Union
Europol	Europäisches Polizeiamt
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EVG	Europäische Verteidigungsgemeinschaft
f.	Folgende Seite

ff.	Folgende Seiten
FATF	Financial Action Task Force on Money Laundering
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
Fn.	Fußnote
FS	Festschrift
Gem.	Gemäß
GG	Grundgesetz
Ggf.	Gegebenenfalls
GA	Goldammer's Archiv für Strafrecht
GrCh	Grundrechtecharta der EU
Grds.	Grundsätzlich
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
HRRS	Onlinezeitschrift für Höchststrichterliche Rechtsprechung zum Strafrecht (Zeitschrift)
Hrsg.	Herausgeber
I.d.F.	In der Fassung
I.d.R.	In der Regel
Interpol	Internationale Kriminalpolizeiliche Organisation
IPbpR	Internationalen Pakt über Bürgerliche und Politische Rechte
IRG	Gesetz über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen
I.S.	In Sachen
I.S.d.	Im Sinne des/ der
I.S.v.	Im Sinne von
I.V.m.	in Verbindung mit
JZ	Juristenzeitung (Zeitschrift)
Kap.	Kapitel
Krit.	Kritisch
KG	Kammergericht

Abkürzungsverzeichnis

<i>LECRim</i>	<i>Ley de Enjuiciamiento Criminal</i> , spanische Strafprozessordnung
<i>LEP</i>	<i>Ley de extradición pasiva</i> , spanisches Auslieferungsgesetz
Lit.	Buchstabe
<i>LOEDE</i>	<i>Ley sobre la Orden Europea de Detención y Entrega</i> , spanisches EuHBG
<i>LOPJ</i>	<i>Ley Orgánica del Poder Judicial</i> , spanisches Gerichtsverfassungsgesetz
LG	Landgericht
MwN	mit weiteren Nachweisen
NATO	North Atlantic Treaty Organization
N.F.	Neue Fassung
NJW	Neue Juristische Wochenschrift (Zeitschrift)
Nr.	Nummer
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht (Zeitschrift)
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht (Zeitschrift)
OECD	Organization for Economic Co-operation and Development
OEEC	Organisation for European Economic Co-operation
ÖAnwBl	Österreichisches Anwaltsblatt
OLAF	Office Européen de Lutte Anti-Fraude
OLG	Oberlandesgericht
O.g.	Oben genannt(e)
PJZS	Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen
Ratsdok.	Dokumente des Rats der Europäischen Union
RbEuHB	Rahmenbeschluss des Rates über den Europäischen Haftbefehl und die Übergabeverfahren zwischen den Mitgliedstaaten
RegE	Regierungsentwurf
RiVAST	Richtlinien über den Verkehr mit dem Ausland in strafrechtlichen Angelegenheiten
Rn.	Randnummer
Rs.	Rechtssache